

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für



den Freistaat Sachsen

Erscheint wöchentlich nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Wegzugspreis: Monatlich 3 RM. Einzelne Nummern 15 Pf.
Schreibst. u. Geschäftsstelle Dresden-N. 1, Str. Zwingerstr. 16. Ruf 14074 u. 21295.
Postcheck-Konto Dresden 2486 / Staatsbank-Konto 674.

Anzeigenpreise: 32 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile oder deren Raum 35 Pf.,
66 mm breit im amtlichen Teile 70 Pf., Restzeile 1 RM.
Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten und Stellenangebote.
Schluss der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Finanzstellen der Staatsfiskusverwaltung, Holzpflanzen-Verkaufsstelle der Staatsforstverwaltung.
Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberregierungsrat Hans Bloch in Dresden.

Nr. 47

Dresden, Donnerstag, 25. Februar

1932

Der zweite Tag der Reichstagsdebatte.

Bewegte Sitzung — Zweimalige Unterbrechung.

Mittwoch, den 24. Februar 1932.
Präsident Lohde eröffnet die Sitzung um 12 Uhr.
Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der allgemeinen politischen Aussprache.
Der Präsident weist zunächst darauf hin, daß in der gestrigen Sitzung Mitglieder der verschiedenen Parteien versucht hätten, die jeweiligen Sprecher zum Reden zu hindern. Er werde künftig solche Ungehörigkeiten, gleichviel welcher Partei sie angeht, für längere Zeit von den Sitzungen ausschließen (Unruhe bei den Rednern).
Es folgt die Erklärung des Ministers Groener gegen Weidmann, die in der gestrigen Nummer schon veröffentlicht wurde.
Präsident Lohde schließt die Abg. Ley (Komm.) und Kleiner (Natl.) wegen verbleibender Punkte von der Sitzung aus und stellt fest, daß keine Ordnungsmassnahmen auch gegen diejenigen Abgeordneten ergriffen würden, deren Namen wegen der Unruhe erst nachträglich festgestellt werden könnten. Auf seine Frage, ob derjenige Abgeordnete, der gerufen habe: „Der Groener ist ein typischer Schieber“ sich melden wolle, erfolgt keine Meldung.
Abg. Dr. Weidmann (Komm.) erklärt, er müsse persönlich Einspruch gegen die Erklärung des Ministers erheben. Es handle sich hier um eine völlige Entwertung des wahren Tatbestandes (Detail der Unruhe). — Widerspruch links und in der Mitte.

Abg. Dr. Weidmann (Komm.)
erlaubt darauf das Wort. Er stellt fest, daß die Parlamentarier von den Nationalsozialisten und ihrer Presse dauernd beschimpft würden. Man spreche dort von parlamentarischen Strauchblöden usw. (Während der Rede des Abg. Dr. Weidmann herrscht andauernd große Unruhe).
Hindenburg, der seitzeitig von den Rechtsparlieren in Vorhineil als Helfer und Bestreiter bezeichnet worden ist, gilt ihnen heute als schändliches Organ des gegenwärtigen Systems. Wie lange ist es her, als die Rechtsparlieren die Worte ausgaben: Mehr Macht dem Reichspräsidenten! Jetzt soll von denselben Deuten diese Macht in unerhöhter Weise eingeschränkt werden. Der Redner des gestrigen Tages hat bei einer früheren Gelegenheit gesagt: „Wollt Ihr unsere Warte, so gebt uns euer Geld!“ Ich habe die Befugnis, daß nach dieser Rede der jüdische Härtling bei den Nationalsozialisten einzugeht. Da die nationale Front mit Hindenburg nicht zu erreichen ist, wird der Redner von ebenam zum alten Mann geworden. Zu der Person des Herrn Hindenburg, die er selbst nicht zu schätzen vermag, ist der Redner nicht zu kommen, wenn er es als deutsches Mitglied bezeichnet? Er habe eben die andere bessere Beispiele als wir. Bei der Abstimmung über den kommunikativen Antrag, die Reparationszahlungen zu brechen, haben sich die Nationalsozialisten der Stimme enthalten. (Zehnfaches Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Man kann sagen, die Nationalsozialisten haben zwar ihre Wahlversprechungen nicht eingehalten, aber es war vertraulich! (Große Heiterkeit links. Unruhe rechts) — Präsident Lohde schließt den Abg. Geyer (Natl.), der durch lautes Vorlesen aus den Drucksachen den Redner habe hören wollen, von der Sitzung aus.
Nach lebhaften Jurufen von der Rechten verläßt die nationalsozialistische Fraktion und ein Teil der Deutschnationalen unter den Rufen „Schließung!“ den Saal.

Die Kommunisten, so führt der Redner fort, haben jetzt einen neuen Antrag eingebracht, alle Kreditzahlungen einzustellen, und die Nationalsozialisten bekommen damit die

Möglichkeit, ihre Besitztümer einer Revision zu unterziehen.
Wir haben uns auf den Standpunkt des Reichsanzweilers Grüning gestellt:
Wir können keine Reparationen mehr zahlen.
weil diese Reparationen im Zusammenhang mit den internationalen Schulden eine ungeheure Erschwerung des internationalen Wirtschaftslebens sind. Wir hätten uns aber, aus dem Richtigen einen Richtwollen zu machen. Wir sind weit entfernt davon, den Youngplan durch einen einseitigen Akt zu zerschellen. Es kommt darauf an, unser Richtwollen der Gegenseite begreiflich zu machen. Das ungeheure Mißtrauen zwischen den Nationen wird nicht beseitigt, wenn wir einen Reichspräsidenten haben, der an die Gewalt appelliert. Wenn wir eine Regierung haben, die in natürlicher Konsequenz zum Bürgerkrieg

führen muß. Herr Hitler sagt vor den Industrieellen nicht von Arbeiterpartei und Sozialismus, nur vor den Wählern. Das ist eben der Fimel, um die Partei zu gewinnen (Beifall bei den Soz.). Man verspricht dem Volke einen utopischen Sozialismus und ist doch selbst nicht als der Schildträger des Kapitalismus. Die bürgerlichen Parteien sollten prüfen, ob die heutige planlose kapitalistische Wirtschaft noch weiter bestehen kann. (Jurufe aus der Mitte.) Haben Sie keine Furcht vor dem Wort Sozialismus, in die Erde des Sozialismus werden Sie auch so hineinkommen. Die Nationalsozialisten wollen auf legalem Wege an die Macht. Aber dieses Wort von der Legalität ist selbst in ihren Kreisen schon zum Rinderpöbel geworden. Wie will man die

Reinheit, die notwendig ist, bekommen, um legal die Macht zu ergreifen?
Die ganze Rede vom Legalität ist eine Unwahrscheinlichkeit.

Das Reichsgericht hat ganz anders erkannt. Der Minister Groener und General Schleicher sind ja heute anwesend. Sie Sie noch einmal einen Erlaß herauszugeben über die Legalität der Nationalsozialisten und ihre Kautnahmefähigkeit für die Reichswehr, ichen Sie sich das.
Reichsgerichtsurteil vom 23. Februar 1930 an Sie werden feststellen müssen, daß hier eine objektive Prüfung vorliegt, die eher beifällig ist durch Sympathie für die Rechte. Herr Minister Groener! Das eine möchte ich Ihnen sagen, ich bewundere die Toleranz, die Sie gegen die Nationalsozialisten haben. Sie hätten ja eben Gelegenheit, sich mit dieser Partei auseinanderzusetzen, deren Wortführer Sie Ebbrecht und Vordrecher genannt hat. Herr Straßer hat einmal geschrieen, daß Minister Groener ein Mann des Hochverrats sei. Wenn die Herren das persönlich leicht nehmen, der Staat kann es nicht so leicht nehmen. Wir hoffen, daß Sie diesen Erlaß und alles, was damit zusammenhängt, ernstlich nachprüfen.
Die Legalität ist nicht nach den Worten des Führers, sondern nach den Taten der Geschäftigen zu bewerten.

Es gilt jetzt für uns, alle Kraft auf die Abwendung der jüdisch-juden Gefahr zu konzentrieren (Jurufe bei den Komm. Hindenburg! — Rufe rechts: Angst!) Wir haben nicht Angst, aber wir wollen der Arbeiterklasse den schwereren Kampf erleben. Wir werden denjenigen Kandidaten unterstützen, der die größte

Ausicht hat, die Mehrheit der Stimmen zu bekommen (Stürmische Jurufe bei den Komm.) Sie (zu den Komm.) sagen selbst in einem Flugblatt, daß Sie den Hauptstoß gegen die Sozialdemokraten führen wollen. (Jurufe bei den Soz.) Ihr Kampf gegen uns ist ein Kampf für Hitler! (Händeklatschen bei den Soz.) Widerspruch bei den Komm.) Aber die Arbeiterklasse wird auf die Dauer merken, welches Spiel die Kommunisten mit ihr treiben. (Auf einen Juruf von kommunistischer Seite drängen mehrere sozialdemokratische Abgeordnete, darunter der Abg. Stampfer, zu den Wänden der Kammer hin, und es ertönt der Ruf: Unerhörter Lärm! Durch Vermittlung anderer Abgeordneter gelangt eine Beschwichtigung.) Das Wort der Eisernen Front ist das Wort Ernst Korymbis: Der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte.

Reichswehrminister Groener:

Eine Einzelheit des Erlasses hat Knies gegeben zu einer Aussprache mit dem Bundesführer des Reichsbanners. Ich stelle fest, daß Herr Höpfermann in seinen darauf folgenden Reden und in einem am gestrigen Abend als das Ziel des Reichsbanners bezeichnet hat, dem Zwecke vom Bürgerkrieg ein Ende zu machen. Er ist abgelehnt, daß das Reichsbanner sich mit der Aufhebung von illegalen Polizeiverordnungen befasse, ebenso wolle er sich nicht illegal mit militärischen Organisationsformen befassen. Wenn der neue Bundesführer des Reichsbanners diese Richtlinien in seinem Bunde durchzusetzen in der Lage ist, so wird er der öffentlichen Ruhe dienen, zu deren Aufrechterhaltung im Falle der Not allein die gesetzlichen Rechtsmittel des Staates genügen. In diesem Sinne habe ich in meinem Antwortschreiben an Herrn Höpfermann meine lokale Erklärung begründet. Weiter ist zu sagen: Sie (zu den Soz. gewandt) unterstellen einen Kurzwahlwechsel des Reichswehrministeriums. An einem Kurzwahlwechsel denke ich nicht. (Widerpruch bei den Kommunisten.) Der Kurs geht geradeaus zum Wohle des Staates. Ich kenne nur den Weg der Verfassung. Auf diesem Wege bin ich gewillt, die Rechtsmittel des Staates nötigenfalls ohne Zögern und rückwärtslos einzusetzen. Mein Standpunkt über Einsetzung in die Wehrmacht ist im Grundsatz unverändert, wie ich ihn im Herbst unter dem lebhaften Beifall der Wehrbeit dieses Hauses hier festgelegt habe. Die praktische Anwendung dieser Grundzüge gebietet jetzt die Einsetzung in die Wehrmacht auch für Angehörige der Nationalsozialistischen Partei, bei einschneidenden Sicherungen. Ich habe niemals meine Hand zu einem politischen Geschäft auf dem Rücken der Wehrmacht erhoben. Die Wehrmacht steht über den Parteien. Vorbildung für den Eintritt in sie ist der Bezugsakt auf jegliche Berufungsarbeit. (Rufe bei den Kommunisten: Das haben Sie ja gar nicht nötig!)

Die hier wiederholt abgegebenen Erklärungen des Führers der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und sein Bekenntnis zur Legalität, erstußt durch den Bruch mit dem radikalen Führer Stennes dargestellt, zeigen, daß der Führer der NSDAP. bekennt sich zu den illegalen Elementen seiner Partei auf-jaulischen. Das sollen auch die Entscheidungen des Reichsgerichts andrücklich sein. Diese Tatsachen lassen mich bestimmen, das Ehrenrecht der Landesverteidigung auch den Angehörigen der NSDAP. nicht länger vorzuenthalten. Die Bestimmungen aus diesem Anlaß begreife ich nicht. Der Erlaß hat alle Sicherungen getroffen. Der Minister wiederholt noch einmal die Bestimmungen des Erlasses und betont, daß die unveränderte unpolitische Haltung der Reichswehr gesichert bleibt (Unruhe bei den Komm.) Die Reichswehr ist seit ihrer Bildung zielbewußt aus der Politik herausgehoben und nur auf den Staat und die sachliche Leistung angelehnt worden. Dieses Ziel ist ganz erreicht. Wenn etwas Elemente, die nicht in die Reichswehr gehören, sich trotz aller Sicherungen einschleichen wollten, so wird der gesunde Körper der Wehrmacht sie ausscheiden.

Abg. Dr. Bols (Z)

betont, daß jede Kritik ihre Grenzen dort findet, wo nationale Interessen gefährdet werden. Wir lehnen eine maßlose, negative Politik, wie sie von der Rechten geübt worden ist, ab. Der Reichspräsident soll überparteilich sein. Wenn Hindenburg die Regierung zum Tode gejaht hätte, hätten die Reichsparteien ihn zum Kandidaten angenommen. Der Redner rechtfertigt dann das Bew-

Die Ansicht der amerikanischen Regierung über die neueste Entwicklung in China.

Washington, 24. Februar.
Nach einer längeren Konferenz mit Senator Borah überlandete Staatssekretär Stimson am Vorah eine ausführliche Darstellung der Ansicht der amerikanischen Regierung über die neueste Entwicklung in China.

Nach dieser Darstellung bildet der Reunmächtevertrag die rechtliche Grundlage für die Politik der offenen Tür, die 1922 von Japan und den anderen Staaten feierlich zusammen mit dem Grundgesetz der territorialen und regierungsrechtlichen Unabhängigkeit Chinas anerkannt wurde. Der Reunmächtevertrag bildet den Grundstein für Amerikas Politik gegenüber dem Fernen Osten sowohl im Interesse des amerikanischen Handels, wie im Interesse des großen chinesischen Volkes, dessen Heimat vor der Gefahr völliger Zerstückelung steht. Außerdem aber war, so fährt das Schreiben fort, der Reunmächtevertrag ein wesentlicher Bestandteil des abgelaufenen 1922 beschlossenen Vertragswerkes und Amerikas Bereitschaft, auf eine schwebende Stellung im Einliniensschiffbau und auf Ausbau von Befestigungen in Guam und auf den Philippinen zu verzichten, war u. a. darauf gestützt, daß der Reunmächtevertrag von den übrigen Mächten eingetallen und seine militärische Überbetung auf Kosten Chinas unternommen werde. Die Revision des Reunmächtevertrages involviert daher die Abhängigkeitskonvention von 1922.

Ein Grund zur Revision des Kellogg-Paktes ist nicht gegeben, denn hätte man sich loyal an die Bestimmungen gehalten, so wäre die gegenwärtige Situation nicht entstanden. Wir haben am 7. Januar erklärt, daß wir das durch Zwang oder Vertragsverletzung erzielte neue Abkommen nicht anerkennen werden, und wenn die übrigen Mächte diesem Beispiel folgen, so wird das eine wirksame Schwärze gegen die Legalität eines Abkommens sein, das unvollständig ist, wie die Geschichte lehrt, schließlich zur Wiederherstellung der Rechte und Rechtstitel an China führen, die ihm etwa genommen werden sollten.

Neue Schlacht an der Kiangwan-Front.
Shanghai, 26. Februar.
Um 8 Uhr morgens haben die Japaner an der Kiangwan-Front einen allgemeinen An-

griff begonnen. Ihre sämtlichen Truppen, Infanterie, Artillerie, Fliegerzeuge und Tanks sind eingesetzt worden. Aufschneidend will General Uyeda seine äußersten Bemühungen machen, mit seinen eigenen Kräften vor Eintreffen der Verstärkungen die chinesischen Linien zu durchbrechen. Um 10 Uhr vormittags war der Kampf im vollen Gange. Die chinesischen Stellungen werden gleichzeitig mit Granaten und Fliegerbomben belegt. Wer bisher haben die Japaner keine nennenswerten Erfolge zu verzeichnen.

Die erneute Beschließung Tshapeis durch die Japaner hatte wiederum einen tiefen Brand zur Folge. Japanische Fliegerzeuge warfen Bomben auf die Station Lungwa an der Eisenbahnlinie Schanghai-Hanglan, einige Kilometer von Schanghai entfernt, ab. Ferner wurden von Admiral Komura unterzeichnete Flugblätter abgeworfen, in denen es heißt, wenn sich die chinesischen Truppen ergäben, würden die Japaner sie gut behandeln, falls sie aber Widerstand leisteten, erwartete sie ein schreckliches Los.
Die von Fliegerzeugen, Tanks und Panzerverkettungen unterstützte japanische Infanterie konnte trotz mehrerer Angriffe die Chinesen aus Kiangwan nicht zurückwerfen. Beim Abbruch der Nacht waren die Stellungen der Gegner unverändert. Die Japaner haben selbst die irrftimliche Meldung der Einnahme Kiangwans demontiert.

Er mordung General Natschaischens?

Ranking, 24. Februar.
Der chinesische General Natschaischeng wurde heute nacht nach einer aus Chatsin hier eingelaufenen Meldung ermordet. General Natschaischeng hat sich seinerzeit bei der Verteidigung der chinesischen Stellungen am Kommissar (Kordman) gegen die Japaner abgezeichnet. Die Meldung ist noch nicht bestätigt.

Die Mandschurei doch Republik?

Tschiu, 24. Februar.
Nach Meldungen aus Mukden hat der Volksrat des neuen unabhängigen mandchurischen Staates heute in Anwesenheit des jungen chinesischen Erlaßes Puji beschlossen, die republikanische Staatsform mit einem auf Zeit gewählten Staatsoberhaupt anzunehmen.

Zur Reichspräsidentenwahl.

3 630 000 Einschreibungen für Hindenburg.

Berlin, 24. Februar.

Die Gesamtzahl der Einschreibungen für die Volkswahlkandidatur Hindenburgs stellt sich auf über 3 630 000. Davon wurden mehr als 3 Mill. Einschreibungen von rund 1100 deutschen Zeitungen, die in rund 800 Städten die Einschreibungslisten zehn Tage lang auslegten, aufgebracht.

Die Hauptgeschäftsstelle der Hindenburg-Auswärtigen über die Wahlvorbereitung.

Berlin, 24. Februar.

Die Hauptgeschäftsstelle der Hindenburg-Auswärtigen, Straßensüdstr. 11, Prey-Straße 9, teilt mit:

Die organisatorische Vorbereitung der Hindenburgwahl hat in den letzten Tagen erhebliche Fortschritte gemacht. Neben den bereits bestehenden Landes- und Provinzialauswärtigen sind in allen Teilen des Reiches über 60 neue Wahlgruppen gebildet worden. Alle Auswärtigen sind wie bisher auf überparteilicher Grundlage unter Teilnahme von Vertretern aller Berufs- und Volksschichten gebildet, so daß der Charakter der „Volkswahl“ auch hier bewahrt und gewahrt bleibt. Angesichts der Ausbreitung und nahen Vollendung der Wahlorganisation wiederholen wir die Aufforderung, mit Geldspenden die Arbeit und das große Ziel der Wahlgruppen zu fördern. Bankkonto bei der Bank Deutscher, Schiffstr. 4, Berlin, Roonstr. 61/65, und Postfachkonto Berlin 2629 „Hindenburgwahl“.

Die Deutsch-Hannoveraner für Hindenburg.

Hannover, 24. Februar.

Der Zentralkomitee der Deutsch-Hannoverschen Partei erklärt zur Reichspräsidentenwahl:

Hindenburg, der in 7 jähriger Amtszeit ein Vorbild höchsten Pflichtbewusstseins und treuen Dienstes am Vaterlande geworden ist, hat sich trotz seines hohen Alters eingefunden, das deutsche Volk in dieser Stunde nicht zu verlassen. Demgegenüber dürfen parteiliche Machtkämpfe und parteiliche Gesichtspunkte und Bedenken nichts bedenten. Wir wählen Hindenburg.

Entrüstung im Badischen Kriegerverein in Berlin.

Berlin, 24. Februar.

Die Presseabteilung des Deutschen Reichskriegerbundes „Vollkämpfer“ teilt mit: Der Vorsitzende des 125 Mitglieder zählenden „Badischen Kriegervereins“ in Berlin hat durch die Besetzung eines scharfen Protestes gegen den bekannten Aufruf des Präsidenten des Reichskriegerbundes, General v. Horn, zur Reichspräsidentenwahl veröffentlicht und für Donnerstag abend die Berliner Kriegervereine zu einer Protestkundgebung zusammenberufen. Es stellt sich nun mit der Festsetzung sehr schlagend dar, soweit nicht Freytag und Vorgänge außerhalb unterer eigenen Wirkkreise und in eine andere Richtung zwingen. Wir würden auch wünschen, daß der Reichskriegerbund sich mit dem Inflationskrisis befaßt. Inflation ruiniert jeden Sparplan und jeden Kredit. In der Finanzfrage ist noch ein weiteres zu tun. Ich bedaure, daß die Notverordnung nur für zurückliegende Schulden gilt, und daß neue Schuldenverhältnisse völlig frei

mehr heraus, daß der Vereinstagspräsident völlig eigenmächtig gehandelt hat und weder der Vorstand noch der Verein von ihm befragt wurde. Die Empörung über diese Handlungsweise des offenbar einseitig parteipolitisch orientierten Vorsitzenden ist im Kameradenkreis sehr groß. Im übrigen ist die Stellungnahme des „Badischen Kriegervereins“ keineswegs etwa — wie dies in der Öffentlichkeit wiederholt behauptet wurde — identisch mit der Auffassung des Präsidiums des über 100000 Mitglieder zählenden Badischen Kriegerbundes.

Der Weg zur Einbürgerung Hillers.

Braunschweig, 24. Februar.

Wie von führenden nationalsozialistischen Kreisen bekannt wird, haben zur Klärung der Frage der Einbürgerung Hillers in Berlin Verhandlungen stattgefunden, an denen die braunschweigischen Minister Dr. Käßenthal und Dr. Klages teilnahmen. Die endgültige Entscheidung dürfte noch Rüdiger des Ministers Dr. Käßenthal heute abend zu erwarten sein. Über den Weg, der beschritten werden soll, ist nichts Genaueres zu erfahren, da die ganze Angelegenheit vertraulich behandelt wird. Man vermutet jedoch, daß Hillers gewisse Aufgaben innerhalb der Gesundheitsverwaltung übertragen werden.

Amerikanische Blätter zur Hilder-Kandidatur.

New York, 24. Februar.

„Gerald Tribune“ schreibt in einem Leitartikel, die Präsidentschaftskandidatur Hillers deute darauf hin, daß die Nationalsozialisten wenigstens im Augenblick die Hoffnung aufgegeben hätten, den Räderrat Fränkings durch ein Ministerkabinet zu erreichen. Die „Times“ meinen, es scheint zweifelhaft, ob die Kandidatur Hillers für die Präsidentschaft Erfolg versprechend sei, da dieser die Braunschweig-Regierung an ihrer päfischen Front, nämlich über Hindenburg, angreifen müsse.

Hillers Ernennung zum Regierungsrat.

Braunschweig, 25. Februar.

Im Haushaltsausschuß des Braunschweigischen Landtages wurde gestern die Wiedereinrichtung einer Regierungsratsstelle im neuen Etat genehmigt. Die neue Stelle dürfte für Hiller bestimmt sein, dessen Ernennung zum braunschweigischen Staatsbeamten für heute nachmittag erwartet wird. Hiller soll als braunschweigischer Regierungsrat der Gesundheitsverwaltung in Berlin zugerechnet werden.

Aufruf des Westfälischen Bauernbundes für Hindenburg.

Ranger i. B., 25. Februar.

Der Westfälische Bauernbund fordert in einem Aufruf zur Wiederwahl Hindenburg auf:

Wir sind in der Höhe der Zinsen. Der Reichsbank muß mit dem Disconto gehen. Die Opposition behauptet, daß man ihr nicht einen Anteil an der Regierung gegeben hat. Die Deutschnationalen hatten die Möglichkeit, dabei zu sein. Das Zentrum ist zur Zusammenarbeit mit jeder Partei bereit, die auf dem Boden der Verfassung aufbauende Arbeit leisten will.

Sollten seiner Partei bei der Reichspräsidentenwahl 1932. (Auch recht: Der Reichspräsident abfolgt, wenn er seinen Willen tut! — Nach und nach trübender Blick bei den Sozialdemokraten) Der Reichstag ist untätig, seine Aufgaben zu erfüllen. (Auch recht: Warum will die Rechte Bränning fürchten? Das Ziel seiner Außenpolitik kann nicht der Grund sein. Die können den Reichskriegler nicht angreifen wegen seiner Reparationspolitik, da in dieser Frage das ganze Volk einer Meinung ist. Die Rechte wird es nicht besser machen können. Man will den Reichskriegler um jeden Preis fürchten.

um selbst zur Macht zu kommen. Deshalb hilft man der Regierung bei den wichtigsten Entscheidungen in den Wälden, alles unter der Firma „Nationale Opposition“. Aber die Ursachen unserer wirtschaftlichen Not zu freiten, ist nicht nötig. Eine Übereinkunft darüber wird sich im Parlament nicht erreichen lassen. Daß die Reparationen die Hauptursache sind, bespricht niemand. An den innerpolitischen Schwierigkeiten sind alle Parteien mitschuldig. Man kann weder die Regierung noch einzelne Parteien für das gesamte Land, in dem wir hausangelassen sind, verantwortlich machen. Unsere Aufgabe ist es, den Versuch zu machen, die Dinge zu bessern. Es müssen neue Wege angedacht werden, um in eine bessere Zukunft hineinzukommen. Meinungsverschiedenheiten sind zu überwinden, wenn man mit Verantwortungsgesinnung die Aufgabe heranzieht und wenn man den christlichen Willen hat, wirklich aufzubauen und Arbeit zu schaffen. Hier versagen Parteien und Parlament und bringen die Regierung zu Notverordnungen, Abbau der Löhne, Verschärfung sozialer Leistungen ist sehr bitter für alle Betroffenen und wir wünschen, daß

mit diesem Abbau endlich Schluß gemacht wird.

Die Sanierung der Finanzen darf gewiß nicht Selbstzweck sein, aber sie ist eine der wichtigsten Grundlagen für die Sanierung der Wirtschaft. Das ist unsere schwerste Aufgabe. Die Regierung hat bewiesen, daß sie den Mut hat einzutreten. Der Eingriff in die Finanzfrage, in die Renten, in den Abbau der Gesundheitsleistungen und jetzt dieses zweite Sanierungswerk der zusammengebrochenen Groöbank sind doch Leistungen, die man nicht einfach abkritisieren kann; es sind notwendige Schritte auf dem Wege der Gesundung unserer Wirtschaft. Das Volk verlangt aber Aufschwung und Klarheit. Deshalb bitte ich den Kängler, keine Maßnahmen dem Volke so darzustellen, daß es sieht, ob ihm ein Hoffnungsstraahl winkt. Auch in der Notzeit brauchen wir wirtschaftliche Freiheit. Wir sind unfrei geworden durch die Wirtschaftspolitik der anderen am und herum. Das Ziel einer gesunden Wirtschaftspolitik darf nicht sein die möglichste rasche Steigerung des Reichtums und der Lebenshaltung; mehr Wert ist die Befähigung und die Gleichmäßigkeit unserer Wirtschaft und die Sicherung gegen die ständig wiederkehrende Krisengefahr. Darum darf nicht einseitig die Exportwirtschaft bevorzugt werden, sondern wir müssen nach Möglichkeit unseren Binnenmarkt stärken.

Wahrheit dagegen ist Risiko.

Wir beharren aber einer anderen inneren Einstellung bei den Handelsvertragsverhandlungen, eine andere Zielsetzung. In der Agrarpolitik müssen wir hinsichtlich der Ernährung mindestens unabhängig vom Ausland werden. Solche Agrarpolitik ist auch die Grundlage einer dauerhaften Siedlungspraxis. Unsere zweite Aufgabe ist die Verhinderung der Violettartierung nach weiteren Kreisen und die Schaffung und mächtigste Neubildung und Erweiterung der selbständigen Kräfte des Mittelstandes. Der Mittelstand ist in der Gefahr, die Zinsen, Amortisationen und Steuern nicht mehr ausbringen zu können. Es wird zu prüfen sein, was hier an Erleichterungen geboten werden kann. Wir müssen

mit der Deflation sehr schlagend dar, soweit nicht Freytag und Vorgänge außerhalb unterer eigenen Wirkkreise und in eine andere Richtung zwingen. Wir würden auch wünschen, daß der Reichskriegerbund sich mit dem Inflationskrisis befaßt. Inflation ruiniert jeden Sparplan und jeden Kredit. In der Finanzfrage ist noch ein weiteres zu tun. Ich bedaure, daß die Notverordnung nur für zurückliegende Schulden gilt, und daß neue Schuldenverhältnisse völlig frei

mit der Deflation sehr schlagend dar, soweit nicht Freytag und Vorgänge außerhalb unterer eigenen Wirkkreise und in eine andere Richtung zwingen. Wir würden auch wünschen, daß der Reichskriegerbund sich mit dem Inflationskrisis befaßt. Inflation ruiniert jeden Sparplan und jeden Kredit. In der Finanzfrage ist noch ein weiteres zu tun. Ich bedaure, daß die Notverordnung nur für zurückliegende Schulden gilt, und daß neue Schuldenverhältnisse völlig frei

Umschlagwettbewerb.

Das Archiv für Buchgewerbe und Graphik, das vom Deutschen Buchgewerbeverband herausgegeben wird, hatte einen Wettbewerb unter den deutschen Gebrauchsgraphikern veranstaltet, um einen neuen Umschlag für seine Zeitschrift zu gewinnen. Für die Entwürfe, denen ein bestimmtes Maß vorgeschrieben wurde, durften alle Entwürfsstoffe angewendet werden. Nur allein die eine Einschränkung galt, daß alle Entwürfe unter Verwendung von Schreibmaterial hergestellt werden und alle verwendeten Photos oder Zeichnungen reproduktionstüchtig sein mußten. Der Jury war dadurch eine gewisse Grenze gesetzt, daß der Umschlag in höchstens zwei Durchgängen hergestellt werden sollte.

Dieser Wettbewerb hat eine ungemein faule Beteiligung gefunden; nicht weniger als 600 Entwürfe sind eingegangen, von denen 646 aus Deutschland stammen. Von ihnen ist eine Auswahl von 200 Entwürfen gegenwärtig in der Staatlichen Kunstgewerbebibliothek zu sehen. Die Ausstellung übertraf durch ihre qualitative Höhe. Andererseits aber fehlt es an wahrhaft übertragenden Leistungen, sehr viel Gleichwertiges steht nebeneinander, so daß es die Richter in ihrer Entscheidung nicht leicht gehabt haben. Das prägt sich auch daran aus, daß die einzelnen Preise nicht jeweils einem Preisführer zuerkannt worden sind, sondern einer Preisgruppe von 3 oder mehr Künstlern. Wenn auch alle Entwürfe freizeichnen konnten, so tritt doch die Photographie hinter der Zeichnung zurück. Und was an photographischen Entwürfen vorliegt, beweist wohl geschmackliches Empfinden, aber drückt die Zweckbestimmung der Zeitschrift nur unbestimmt aus. Das gilt ebenso für die Zeichen aus der Feder oder die Verwendung der Druckmaschine wie für die Wiedergabe des Deutschen Buchgewerbevereins im Bild. Es scheint, als ob hier noch die typographische Form dem Besten der gestellten Aufgabe zu wenig gerechtfertigt wird.

Es ist es begreiflich, daß die Zeichnung unter Verwendung der verschiedensten Techniken überwiegt. Da die Farbgebung infolge der Wettbewerbsbedingungen stark eingeschränkt werden mußte, so legte man allgemein den größten Wert auf gute Raumverteilung und Wirklichkeit des Strichbildes. Wiedergabe der Fläche in bestimmtem Rhythmus führte zu einer Besorgnung des Gegenstandes von Schwarz und Weiß. Aberall tritt das ausgeprägteste Formenempfinden unserer Zeit hervor, wie läßt das Streben nach Sachlichkeit sich hier und da fast mit Rücksicht auf den Wechsel. Mit dekorativen Reizen geht man daher sparsam um, legt vielmehr allen Nachdruck auf eine gut durchgearbeitete Schärfe von größter Klarheit. Karl Zante, der zu der ersten Preisgruppe gehört, übertrug durch große Wirklichkeit seines Entwurfes bei sparsam verwendeten Mitteln.

Außer Wettbewerb haben sich auch einige Schriftstelen beworben, die erneut Zeugnis davon ablegen, wie hoch durchschnittlich deren Leistungen stehen. Ludwig & Wagner in Frankfurt am Main legt allen Nachdruck auf klare Linienführung und repräsentative Führung der Schrift, die Bayerische Staatsbibliothek in der gleichen Stadt strebt mehr nach Farbigkeit, wodurch allerdings der Schriftschon mehr untergeordnet wird als ihm gut ist.

Immerhin darf die Ausstellung auf Beachtung Anspruch erheben, weil sie anschaulich zeigt, wie vielfältig ein selbst einseitiges Motiv abgewandelt werden kann.

Johannes Walter und die Kunst der Reformationszeit.

Im Sächsischen Altertumsverein sprach am 22. der orientliche Professor für Kunstwissenschaft an der Universität Freiburg i. Br. Wilhelm Gurlitt über die Begründung der evangelischen Kirchenmusik durch Johannes Walter. Dieser sächsischen Bauernsohn trat 1517 in die Kantorei Friedrichs des Weissen ein.

Er kam damit an ein Amtsinstitut, das beträchtlich genoh; die vordem so berühmte burgundische Hofkapelle zu Weideln war das Vorbild gewesen, internationale Musikgroößen wie Adam von Fulda oder Heinrich Isaak wirkten an ihr, ein Josquin de Pres wüemte seine Kunst Friedrich dem Weissen. Humboldt, ganz auf holländische Repräsentation gerichtet war diese spätere, aber von Renaissancegeist erfüllte Kunst; ihre Notenblätter, von denen der Sottenged in Lichtbild Fehlen bot, sind reich mit Miniaturen in burgundisch-niederländischen Stile geschmückt.

Mit der Reformation und mit dem Tode Friedrich des Weissen (1525) zerbrach diese Welt, die Kantorei wurde aufgelöst. Joh. Walter wurde von Luther herangezogen zur Neuordnung der kirchlichen Musikpflege im evangelischen Sinne. Er hat ihr als Grundlage die Schule gegeben, an die Stelle der holländischen Kantoren trat die sächsische Kantoreigemeinschaft. Auch die im Auftrag des Kurfürsten Moritz von Waller im Jahre 1445 eingerichtete Hofkapelle zu Dresden, die Reinzelle der Sächsischen Staatskapelle, trug lutherische Prägung. Der evangelische Anlauf, den Walter für zwei Jahrhunderte bis zu Bach schlug, ruhte im Mittelalter. Über dem Kantus firmus im Tenor wird „Displacement“, Bass und Altus dazu ergeben Dreistimmigkeit; das Ganze ist vollkommen frei, nur die instrumentalen Begleitformen — die Orgel spielt im 16. Jahrhundert noch keine Rolle — sind reich gestaltet. Ihren Sinn erhält diese evangelische Kunstpflege als Vorstufe der „Simmlichen Kunst“, als Teil der Schöpfung. Die musikalischen Volkspiele, die Erwinbogener Dr. Viehsch und Dresden mit seinen Schülern bot, waren eine wertvolle Ergänzung des vielfach vollkommen neuen Hochschulstoffs betenden Sonntags. — Vor dem Vortrag sprach der Erste Vorsitzende des Sächsischen Altertumsvereins Geh. Reg.-Rat Dr. Rippert Worte des Gedächtnisses für den verstorbenen König Friedrich August.

Die Wanderheiler von Alt-Ceylon.

Die Erzeugnisse der modernen Heilkunde werden weit in den Erdteilen gesucht, wenn sich die Taten der alten Wanderheiler von Ceylon als noch erweisen, die eine jetzt in Rand auf der Insel Ceylon stattfindende Ausstellung auf Gegenstand ist. Wird doch sogar behauptet, daß diese Ärzte der alten indonesischen Kultur imstande waren, einen menschlichen Kopf vom Körper zu entfernen und dann wieder an Ort und Stelle zu setzen, ohne den Tod des Operierten herbeizuführen. Unter den Ausstellungsgegenständen befinden sich eisenerne ärztliche Werkzeuge, die vor Hunderten von Jahren benutzt wurden, Sphären für die Verabreichung von Heilmitteln unter der Haut, handgeschliffene Brillen und mehr als 1000 verschiedene Arten von Heilmitteln. In ihrer Verwendungsweise verfahren diese alten Wanderheiler viel einfacher als die moderne Chirurgie. Als der einfachste Weg, ein kranken Leber zu entfernen, wird das kranke Nierenorgan entfernt. Man hatte sich die geheimnisvollen Übungen der Rituale von Tibet zum Beispiel genommen, und in den ägyptischen Schriften wird angegeben, daß jemand, der sich ganz von der Welt abstrahiert und sich nur dem Nachdenken widmet, es bis zu einem Alter von 700 Jahren bringen könne. Nach den altindischen Aufzeichnungen des alten Ceylon ist die Freilegung einer höchst gefährlichen Sache: zu Anfang habe es nur drei Kunstheiler gegeben, von denen der Weisheit befallen wurde, aber seit er sich dem Heilgenuß zugewandt habe, sei die Zahl dieser Leiden auf 99 angewachsen. Für alle diese Krankenheiler werden in den heiligen Schriften der Ärzte Heilmittel angegeben. Die Herstellung von Brillen erfolgte mit großer Kunstfertigkeit. Gegenwärtig sind nur noch zwei Männer auf der Insel, die diese alte Kunst ausüben dürften; sie zeigen sie auf der Ausstellung. Die „Wanderheiler“ werden aus Steinen hergestellt, die in der Nähe von Kandy gefunden wurden, und diese Steine werden mit einer Art Tonmischung beschliffen, und zwar so vorzüglich, daß dadurch

unterstützen könne, wie der außenpolitische Streitungsstand mit aller Entschiedenheit geführt werde. Namentlich sei jetzt ein schnelles Eingreifen in der Remellfrage, ebenso wie eine immer wiederholte Stellungnahme gegen die Kriegsschuldfrage.

Eine Stunde für den deutschen Rechtsstaat seien die täglichen Morde und Terrorakte.

Die Regierung müsse hier schnell und energisch eingreifen. Entschendend für die Gesundheit freilich sei die Erneuerung aus den Grundkräften des christlichen Glaubens. Die ständige Verantwortlichkeit des Reichspräsidenten v. Hindenburg bietet Gewähr für eine solche Gesundheit. Deshalb liegt der Vorkommnis nach wie vor tren zu Hindenburg. Mit Hindenburg für ein neues, freies, mögliches und christliches Deutschland!

Abg. Rosenberg (Nat. Soc.)

nimmt gegen eine Abkehrung eines Zentrumspolitikers Stellung, wonach man endlich aufhören solle, nach den Ursachen des heutigen Übels zu forschen. Die Nationalsozialisten sehen gerade in einer Klärung dieser Ursachen die erste Voraussetzung für eine Besserung. Dies gelte auch in außenpolitischer Hinsicht. Das die Reichsregierung ein klägliches Fiasko bisher in der Remellfrage erlitten habe, gehe auf das bisherige Verhalten in der Außenpolitik zurück, besonders auch auf die schwächliche Haltung der Regierung anlässlich der Unterdrückung der deutschen Minderheit in Ostoberschlesien durch Polen. Das Zentrum hat einen großen Aufmarsch erlassen, in dem es heißt, daß der derzeitige Reichspräsident ein einzigartiges Ansehen im ganzen Ausland genieße. Es ist nur schade, daß sich dieses Ansehen in außenpolitischen Dingen nicht auswirkt. (Widerspruch links u. i. d. Mitte.) In Danzig erklärte ein polnischer Beamter, er hoffe, daß auf diesem Boden bald polnisches Militär stehen würde. Von anderer polnischer Seite wurde erklärt, die polnischen Eisenbahnen seien mittlerweile für die Mobilisation gerüstet. Das Remelland ist von den Litauern vergewaltigt worden. Die deutsche Vertretung in Genf hat sich völlig hilflos gezeigt. Unter dem Personal der deutschen Gesandtschaft in Kowno gibt es 20 bis 40 Fremde, darunter auch Litauer. (Zeit, hört! recht.)

Auf einen kommunistischen Jurist: „Lassen Sie sich einen Dolmetscher kommen!“ erwidert Rosenberg: „Die können ja nach Galizien marschieren gehen.“ — Der kommunistische Abg. Heud wird den Nationalsozialisten in einem Jurist Landesverrat vor.

Rosenberg: Das ist eine Lüge, ein Verbrechen! Ihr wollt wohl eine Ohrfeige haben!

Wieder kommt es zu großen Lärmzügen im ganzen Hause. Die Kommunisten drängen zum Rednerplatz.

Präsident Lohde entgeht dem Abg. Rosenberg das Wort.

wird er einem Abgeordneten eine Ohrfeige angeboten habe. (Beifall links, Lärm u. d. Reife.) Der Lärm im Hause dauert minutenlang an. Von den nationalsozialistischen Bänken erheben sich verschiedene mit Ausweisungen aus dem Saal. Rosenberg steht vor dem Präsidententisch und spricht lebhaft auf Lohde ein. Der Präsident erteilt Rosenberg einen Ordnungsruf und schließt den nationalsozialistischen Abg. Schaller von der heutigen Sitzung, den nationalsozialistischen Abg. Sprenger für zwei Tage aus.

Als es dem Präsidenten nicht gelingt, die Ruhe wiederherzustellen, wird

Die Sitzung zum zweiten Male unterbrochen.

Diesmal dauert die Unterbrechung über ein- einhalb Stunden. Bei Wiedereröffnung der Sitzung teilt Präsident Lohde mit, daß der Abg. Rosenberg (Nat. Soc.) seine Drohung, einem Zwischenrufer eine Ohrfeige zu geben, mit Bedauern zurückgenommen habe. An Hand des Stenogramms habe sich ergeben, daß der kommunistische Abg. Heud eine schwere Beleidigung gegen den Abg. Rosenberg ausgesprochen habe, gegen die dieser sich nicht genügend geschützt glaubte. Präsident Lohde erklärt, daß er den Zwischenruf, der dem Abg. Rosenberg zum Vortritt machte, Agent von Deterding gewesen zu sein, nicht in seiner ganzen Schärfe verstanden habe. Er rufe daher jetzt nachträglich den Abg. Heud dafür zur Ordnung. Angesichts dessen, daß der Abg. Rosenberg seine Drohung zurückgenommen habe, wolle er, der Präsident, die gegen Rosenberg ausgesprochene

Wortentziehung nicht aufrechterhalten.

Im übrigen habe der Abg. Sprenger (Nat. Soc.) versichert, nicht gegen den Präsidenten drohend die Hand erhoben zu haben. Damit entsafte auch dessen Mißregelung. Präsident Lohde bittet dann die Abgeordneten, in Zukunft alle Beschimpfungen, Beleidigungen und Drohungen mit der Hand, wie sie vom Präsidium häufig festgehalten werden wählten, zu unterlassen und stets die Plätze einzunehmen, um nicht die Situationen durch die Zusammenballungen noch unruhig zu verwickeln.

Abg. Rosenberg (Nat. Soc.)

seht hierauf seine durch den Zwischenfall unterbrochenen Ausführungen fort. Die Richtigstellung, mit der man dem Deutschen Reich seitens Litauens im Remelland begegnet sei, sei als Symptom einer allgemeinen Mißachtung Deutschlands im Ausland infolge einer langjährigen verfehlten Außenpolitik zu werten. Heute steht Deutschland vor der entscheidenden Abstristungskonferenz in Genf. Wenn der Kanzler verlangt, daß sich die Nation geschlossen hinter die deutschen Unterhändler stelle, so erklären wir dazu, daß wir

nicht bevollmächtigt ist, für das nationale Deutschland

zu sprechen. Der „Vorwärts“ schreibt: Deutschland hat patriotisch die Pflicht, die Küstungen Frankreichs so weit zu tolerieren, daß das Vertrauen des französischen Volkes in den Friedenswillen Deutschlands gestärkt wird. (Lebhafte Hör, hör!-Rufe u. d. Reife.) Tarbleu habe noch jetzt im Jahre 1932 dem deutschen Reichskanzler die Kriegsschuldfrage ins Gesicht zu werfen gewagt. Auf diese unerhörte Provokation hat der Kanzler nicht geantwortet. Er hat eine pazifistische Festenpredigt gehalten. Die Welt aber hätte von einem deutschen Reichskanzler etwas anderes

Erste öffentliche Sitzung des Hauptauschusses der Abrüstungskonferenz.

Genf, 24. Februar.

Nach Abschluß der großen politischen Aussprache in der Vorkonferenz der Abrüstungskonferenz ist heute nachmittag der Hauptauschuss unter dem Vorsitz Henderson zu seiner ersten öffentlichen Sitzung zusammengetreten. Präsident Henderson machte zunächst den Vorschlag, einen Berichterstatter zu ernennen. Die Versammlung wählte darauf durch Affirmation den tschechoslowakischen Außenminister Beneš.

Der britische Außenminister Simon sprach vor, der Ausschuss solle seine Arbeiten innerhalb des Konventionstextes führen, wobei allen Delegationen die volle Freiheit gewahrt bleibe, im Laufe der Beratungen ihre Vorschläge auszuarbeiten und Anträge in Form von Abänderungen, Zulagen und Streichungen zu stellen.

Der französische Ministerpräsident Tardieu schloß sich diesem Vorschlag an, ebenso der italienische Delegierte Cavallero und der amerikanische Volschaffter Gibson, der aber betonte, daß er den Konventionstext nicht als Maßstab der Konferenz zu Erreichenden betrachte.

Volkskommissar Litwinow wies darauf hin, daß der Streit um die verschiedenen Konventionstexte keine große Bedeutung habe; dagegen seien Vorschläge eingebracht worden, die im Rahmen der verschiedenen Konventionstexte keinen Platz fänden, z. B. die von der russischen Delegation vorgeschlagene Entschleunigung über die sofortige allgemeine Abrüstung.

Auch Volschaffter Radolny erklärte sich bereit, den Vorschlag des britischen Vertreters anzunehmen, betonte aber mit Nachdruck, daß der Konventionstext nur den allgemeinen Rahmen für die Arbeiten der Konferenz abgeben dürfe, er lege Wert auf die Festhaltung, daß die deutschen Vorschläge nicht den Zweck hätten, den Konventionstext in dem einen oder anderen Punkt zu ergänzen, sondern daß sie dazu dienen sollen, die Bestimmungen des Konventionstextes durch andere zu ersetzen. Er besetze darauf, daß die deutschen Vorschläge zu gegebener Zeit in derselben Weise in den Kommissionen zur Behandlung gestellt würden wie die Bestimmungen des Konventionstextes.

Die deutschen Vorschläge, führte der Berichterstatter weiter aus, seien in ihrer Gesamtheit nach dem Schema des Konventionstextes geordnet, und zwar deshalb, weil die deutsche Delegation der Ansicht gewesen sei, daß die Konferenz von Anfang an es wahrscheinlich für praktisch halten werde, in ihrer Arbeit sich an dieses Schema zu halten. Das bedeute aber durchaus nicht, daß die grundsätzliche Haltung Deutschlands gegenüber dem Inhalt des Konventionstextes sich geändert habe.

Nach dem deutschen Delegierten ergriff Tarbleu nochmals das Wort, um zu beantragen, daß der Ausschuss zu dem russischen Antrag sofort Stellung nehmen solle. Im weiteren begrüßte Tarbleu die Bereitschaft des deutschen Vertreters, die deutschen Vorschläge in den Rahmen des Konventionstextes einzufügen; einige der deutschen Vorschläge hätten allerdings den Zweck, grundlegende Bestimmungen des Konventionstextes durch entgegengegesetzte Bestimmungen zu ersetzen. Diese Erklärung, so schloß Tarbleu, sei ein Gebot der Gerechtigkeit und Klarheit, was schon ein Anfang der Verständigung sei.

Der ungarische Delegierte Graf Apponyi und der japanische Delegierte Matsuda sprachen sich für den englischen Antrag aus.

Der Ausschuss wurde durch den Entwurf der russischen Vorschläge im Hauptauschuss der Abrüstungskonferenz ist heute nachmittag der Hauptauschuss unter dem Vorsitz Henderson zu seiner ersten öffentlichen Sitzung zusammengetreten. Präsident Henderson machte zunächst den Vorschlag, einen Berichterstatter zu ernennen. Die Versammlung wählte darauf durch Affirmation den tschechoslowakischen Außenminister Beneš.

Der britische Außenminister Simon sprach vor, der Ausschuss solle seine Arbeiten innerhalb des Konventionstextes führen, wobei allen Delegationen die volle Freiheit gewahrt bleibe, im Laufe der Beratungen ihre Vorschläge auszuarbeiten und Anträge in Form von Abänderungen, Zulagen und Streichungen zu stellen.

Der französische Ministerpräsident Tardieu schloß sich diesem Vorschlag an, ebenso der italienische Delegierte Cavallero und der amerikanische Volschaffter Gibson, der aber betonte, daß er den Konventionstext nicht als Maßstab der Konferenz zu Erreichenden betrachte.

Volkskommissar Litwinow wies darauf hin, daß der Streit um die verschiedenen Konventionstexte keine große Bedeutung habe; dagegen seien Vorschläge eingebracht worden, die im Rahmen der verschiedenen Konventionstexte keinen Platz fänden, z. B. die von der russischen Delegation vorgeschlagene Entschleunigung über die sofortige allgemeine Abrüstung.

Nach dem deutschen Delegierten ergriff Tarbleu nochmals das Wort, um zu beantragen, daß der Ausschuss zu dem russischen Antrag sofort Stellung nehmen solle. Im weiteren begrüßte Tarbleu die Bereitschaft des deutschen Vertreters, die deutschen Vorschläge in den Rahmen des Konventionstextes einzufügen; einige der deutschen Vorschläge hätten allerdings den Zweck, grundlegende Bestimmungen des Konventionstextes durch entgegengegesetzte Bestimmungen zu ersetzen. Diese Erklärung, so schloß Tarbleu, sei ein Gebot der Gerechtigkeit und Klarheit, was schon ein Anfang der Verständigung sei.

Der ungarische Delegierte Graf Apponyi und der japanische Delegierte Matsuda sprachen sich für den englischen Antrag aus.

Der Ausschuss wurde durch den Entwurf der russischen Vorschläge im Hauptauschuss der Abrüstungskonferenz ist heute nachmittag der Hauptauschuss unter dem Vorsitz Henderson zu seiner ersten öffentlichen Sitzung zusammengetreten. Präsident Henderson machte zunächst den Vorschlag, einen Berichterstatter zu ernennen. Die Versammlung wählte darauf durch Affirmation den tschechoslowakischen Außenminister Beneš.

Der britische Außenminister Simon sprach vor, der Ausschuss solle seine Arbeiten innerhalb des Konventionstextes führen, wobei allen Delegationen die volle Freiheit gewahrt bleibe, im Laufe der Beratungen ihre Vorschläge auszuarbeiten und Anträge in Form von Abänderungen, Zulagen und Streichungen zu stellen.

Der französische Ministerpräsident Tardieu schloß sich diesem Vorschlag an, ebenso der italienische Delegierte Cavallero und der amerikanische Volschaffter Gibson, der aber betonte, daß er den Konventionstext nicht als Maßstab der Konferenz zu Erreichenden betrachte.

Volkskommissar Litwinow wies darauf hin, daß der Streit um die verschiedenen Konventionstexte keine große Bedeutung habe; dagegen seien Vorschläge eingebracht worden, die im Rahmen der verschiedenen Konventionstexte keinen Platz fänden, z. B. die von der russischen Delegation vorgeschlagene Entschleunigung über die sofortige allgemeine Abrüstung.

Anträge zur Biersteuer.

Berlin, 24. Februar.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei ersucht die Reichsregierung in einem Antrag, folgende Maßnahmen zu erwirken:

„Mit Wirkung vom 15. März wird die Reichsbiersteuer um 3 Reichsmark von jedem Stoffmaß ermäßigt. Vom gleichen Tage ab wird die Gemeindebiersteuer um 50 v. H. gesenkt mit der Maßgabe, daß unter 2,50 M. nicht heruntergegangen wird. Die für die Preisüberwachung eingesetzten Behörden sind anzuweisen, dafür zu sorgen, daß die Ausnahmepreise mindestens um den vollen Betrag der erfolgten Biersteuererhöhung zu ermäßigen sind.“

Die deutsche nationale Reichstagsfraktion verlangt in einem Antrag die Vorlegung eines Gesetzentwurfes, der Zweck Senkung des Bierpreises den Höchstsatz der Biersteuer auf 5 Reichsmark je Hektoliter und die Gemeindebiersteuer auf die Hälfte der jetzigen Steuerhöhe herabsenke. Außerdem wird verlangt, daß die Gemeindegetränksteuer zum 1. April aufgehoben und den Ländern und Gemeinden die Befugnis entzogen werde, bei Betanlagung und Erhebung der Vergabungssteuer über die Leistungsnormalbestimmungen hinauszugehen.

Gegen den Abbau der Sozialversicherung.

Berlin, 24. Februar.

Wie der Gewerkschaftliche Pressedienst meldet, hat der Bundesvorsitzende des Gewerkschaftsbundes der Angestellten, Reichstagsabgeordneter Gustav Schneider (Berlin) gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen in Reichstagen einen Antrag eingebracht, der nicht nur zu der Frage der Sozialversicherungsreform Stellung nimmt, sondern der auch versucht, die größten Härten der letzten Kollektivordnungen wieder zu beseitigen. In der Angestelltenversicherung wird u. a. die Rückgängigmachung der Eingriffe in die Leistungsgewährung gefordert, namentlich soweit es sich um die Waisenversorgung, die Wartezeiten und die Ruhestenbefristungen handelt. Jede Beeinträchtigung der Selbständigkeit und Leistungsfähigkeit der Angestelltenversicherung durch Bildung von Gefahrgemeinschaften oder unmittelbarer Inanspruchnahme von Angestelltenversicherungsmitteln zur Sanierung anderer Versicherungsweige wird abgelehnt. Das gleiche gilt für Eingriffe in den Kreis der Versicherungspflichtigen.

In der Krankenversicherung wird vor allem die Aufhebung der einengenden Leistungsbedingungen für die Erhaltung, sowie für alle Krankenkassen das Recht der Gewährung von Hilfsmitteln an Kriegskriegsbeschädigte uvm. verlangt. Zum Zwecke der Sanierung der Invalidenversicherung schlägt der Antrag die Anpassung der Beitragsschäfflung an das Lohnniveau und eine Herabsetzung der Verwaltung durch eine Verringerung der Zahl der Versicherungskassen unter Berücksichtigung der Landesratsbeiratsbezirke vor. Auch in der Unfallversicherung soll unter grundsätzlicher Aufrechterhaltung der beruflichen Gliederung die Zusammenlegung kleinerer Berufsgenossenschaften durchgeführt werden.

ermartet, vor allem das Hervorheben der Notwendigkeit der deutschen Sicherheit. Unsere Forderung nach Abrüstung der anderen ist begründet. Erlauben die anderen die Berechtigung dieser Forderung nicht an, so gerichten sie damit die Grundlage aller Verträge. Nach allen internationalen Friedenskonferenzen haben die Rüstungen zugenommen. Die deutsche Sozialdemokratie hat außenpolitisch unter der Tatsache zu leiden, daß sich selbst das demokratische Frankreich aufrichtet. Niemals ist eine Person so mit Schmutz beworfen worden wie Hindenburg 1925 vom Zentrum und von der Sozialdemokratie. Unter lebhaften Applausen der Nationalsozialisten vertritt der Redner die Zentrum- und der sozialdemokratischen Presse aus dem Jahre 1925, in denen es z. B. heißt, nur Ungläubige könnten auf seinen Hindenburg stehen, Hindenburg sei der größte Kriegsverleerer der Weltgeschichte (Hört, hört! und Applaus bei den Nat. Soc.), nur einem politisch so harmlosen Volk wie dem deutschen könne man eine solche Kandidatur zumuten usw. (Beifall rechts.) Nach Hindenburgs Wahl habe man auch geschrieben, sie sei ein Zeugnis für die politische Infirmität des Volkes (Erneute Beifall rechts), und Hindenburg verdamme seine Wahl nicht der Wille seiner politischen Ideen, sondern der laarmantenen Sentimentalität der politisierten Frauen. (Erneute Hör, hör!-Rufe und Beifall rechts.) Und, so betont der Redner, geht es nicht um die ehrwürdige Person, sondern um das Schicksal des Deutschlands in der Welt. Die nationalsozialistische Bewegung will einen Strich unter die panuropäische Idee der letzten Jahre machen. Das Zentrum ist daran schuld, wenn überhaupt eine Sozialdemokratie entstehen konnte. (Lachen links.) Es hat Schmutz, doch Tausende von Staatsfeinden heute in der Hand von Bonzen liegen. Zentrum und Sozialdemokraten haben heute in einer Front und müssen darin auch zugeben. Wenn Dr. Brüning in dieser Reichstagsdebatte nicht fallen sollte, so wird er einige Monate später dem Reichspräsidenten seine Demission einreichen. Und dieser Reichspräsident wird Adolf Hitler sein. (Stürmischer Beifall u. d. Reife.)

Präsident Lohde erteilt dem Abg. Dr. Brecht (Wirtschp.) nachträglich einen Ordnungsruf für einen Ausbruch, den Dr. Brecht gegenüber dem Abg. Stubbenrott (Dnat.) in Abwehr von Vorwürfen gebraucht hatte.

Nach persönlichen Bemerkungen der Abgg. Stubbenrott (Dnat.), Rallath (Wirtschp.) und Dr. Brecht (Wirtschp.), wobei letzterer unter Beifall des Hauses bemerkt, daß er während seiner langjährigen parlamentarischen Tätigkeit den ersten Ordnungsruf erhalten habe, wird die Weiterberatung auf Donnerstag 12 Uhr vertagt. Schluß 8 Uhr.

Die Biersteuererhöhung soll ab 20. März in Kraft treten.

Berlin, 24. Februar.

Vie von der Reichsregierung kürzlich in Aussicht gestellte Biersteuererhöhung soll noch vor Ostern, nämlich zum 20. März, in Kraft treten. Das Ausmaß der Senkung soll das, wo die Gesamtsteuer (Reichsbier- und Gemeindebiersteuer) bisher 22 RM. betragen hat, etwa 7 RM. ausmachen.

Bierstreit in Berlin.

Berlin, 24. Februar.

Die Vertrauensmänner der Gewerkschaftsorganisationen beschloßen heute, die Resolution der Delegierten vom letzten Sonntag aufrechtzuerhalten. Es wurde eine Senkung der Biersteuer auf 5 Mark pro Hektoliter, für Berlin also 7 plus 5 gleich 12 Mark gefordert. Die Gemeindegetränksteuer soll mit Wirkung vom 1. April aufgehoben werden und es soll den Gemeinden verboten werden, bei der Festsetzung der Vergütungsgelder über die

Mittelständlerische Forderungen an die Reichsregierung.

Berlin, 24. Februar.

Der Reichsverband des Handwerks und die Hauptgemeinschaft des Einzelhandels haben in einem gemeinsamen Brief an Reichskanzler Dr. Brüning Kritik an der Mittelständlerpolitik der Reichsregierung geäußert. Sie erklären, daß die Preispolitik der Reichsregierung zu schweren kalkulationsbedingten Lasten in den Betrieben des Handels und Handwerks geführt habe, während die Tarifgebundene und zollgeschützte Preisbildung anderer Wirtschaftsklassen unbeeinträchtigt geblieben sei. Die beiden Spitzenverbände weisen ferner auf eine Reihe wichtiger Preisgebungsfragen hin, die nicht oder in einer Art gelöst wurden, die die Mittelständlerforderungen nicht berücksichtigte. Das Schreiben schließt mit folgenden Worten: „Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß im wirtschaftlichen Mittelhand . . . eine Verzerrung der Wirtschaft schnell Fortschritte macht, die den Willen zur Selbsthilfe lähmen muß . . . Jetzt liegt es bei der Reichsregierung, durch praktische Hilfe den Glauben an Sinn und Nutzen solcher positiven Selbsthilfe vor weiteren Erschütterungen zu bewahren.“

Berufungsverfahren auf Veranlassung der Republikanischen Beschwerdestelle.

Halle, 24. Februar.

Der Student Günther Stowe, der Schriftleiter der „Halleischen Universitäts-Zeitung“, der von der Hochschule verwiesen wurde, hatte sich seinerzeit wegen eines Artikels „Wider den unbeschränkten Geheiß“, in dem eine Verächtlichmachung der Verfassung und ein Vergehen gegen die Republikationsgesetz erbildet wurde, vor Gericht zu verantworten. Er wurde freigesprochen. Auf Veranlassung der Republikanischen Beschwerdestelle, die sich an den Justizminister wandte, ist die Staatsanwaltschaft Halle jetzt angewiesen worden, das Berufungsverfahren durchzuführen.

Beilage der „Halleischen Beobachter“ in Wärdien Die Wirtinnummer des „Halleischen Beobachter“ ist polygraphisch beschlagnahmt worden. Ferner wurde auch eine Sondernummer der „Halleischen“ „Der Flammeener“ beschlagnahmt.

Am Sprengstoffstaat gegen den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Etken in Oppenheim wird berichtet, daß unter dem Verbot, die Tat erzählt zu haben, zwei Nationalsozialisten verhaftet worden sind.

Senkung des Spirituspreises. In einer Sitzung des Gewerbeausschusses beim Brandweinmonopol erklärte der Vertreter des Finanzministeriums, daß gleichzeitig mit der Senkung der Biersteuer eine den tatsächlichen Interessen entsprechende Senkung des Spirituspreises erfolgen wird.

Noch keine Verhandlungen über Direktoriatsbildung in Memel.

Memel, 24. Februar.

Obwohl vom Völkerbundrat beschloßen worden ist, daß in kürzester Zeit ein vorläufiges Direktorium gebildet werden wird, hat der Gouverneur noch nichts getan, um Verhandlungen über die Bildung eines solchen Direktoriums in die Wege zu leiten. Die Mehrheitsparteien haben den Gouverneur übrigens durch ein Schreiben mitgeteilt, daß, nachdem Wötcher sein Amt als Präsident des Direktoriums niedergelegt hat, hindernde Gründe für Verhandlungen über Bildung eines dem Statut entsprechenden neuen Direktoriums nicht mehr im Wege stehen. Sie halten jedoch an dem Protest fest, den sie an den Gouverneur in einem Schreiben wegen der Vorgänge bei dem Landesdirektorium gleich nach dem Verfall gerichteten haben. Der Gouverneur ist heute nach Kowno gefahren, von wo er sich scheinbar Richtlinien für sein weiteres Verhalten holen wird.

Der sowjetrussische Entschleunigungsentwurf für vollständige Abrüstung.

Genf, 25. Februar.

Im Hauptauschuss der Abrüstungskonferenz begründete heute vormittag der russische Volkskommissar Litwinow den Entschleunigungsentwurf für eine allgemeine vollständige Abrüstung. In diesem Entschleunigungsentwurf heißt es u. a.: Die Konferenz wird für alle Staaten und Völker eine wirkliche Sicherheit durch Verhinderung neuer Kriegsmöglichkeiten schaffen. Sie ist davon überzeugt, daß schon das Belieben der Rüstungen und ihre Tendenz zur häufigen Annäherungen unermesslich zu drohenden internationalen Konflikten führen wird. Alle auf der Konferenz vertretenen Staaten haben auf den Krieg als Werkzeug ihrer nationalen Politik verzichtet. Das einzig wirksame Mittel zur Organisierung des Friedens und zur Schaffung der Sicherheit gegen den Krieg ist die allgemeine, vollständige und baldige Abschaffung aller bewaffneten Kräfte nach dem Grundsatze der Gleichberechtigung aller. In seiner Begründung wies Litwinow insbesondere auf den Zusammenhang zwischen Wirtschaftskrisis und Krieg hin. Die Kriegsgeschichte ist seit dem inaktuell geworden. Litwinow wies auf die wieder in großem Umfang einfindenden Waffentlieferungen hin, die in demselben Augenblick erfolgten, in dem Teilnehmer dieser Konferenz in bereiten Worten das Blutvergießen in Ostasien beklagten.

Der Vertrauensantrag gegen den polnischen Sejmminister abgelehnt. Der von den Oppositionsparteien gegen den Sejmminister abgelehnt eingetragene Vertrauensantrag wurde gestern vom Sejm abgelehnt. Für den Antrag stimmten nur die Oppositionsparteien.

Bekanntmachung.

Verkauf von Holzpflanzen und Sämereien auf den Sächsischen Staatsforstrevieren im Jahre 1932.

Im Jahre 1932 können von den nachgenannten Dienststellen folgende Holzpflanzen und Sämereien abgegeben werden.

Käufer wollen sich unmittelbar an die Forstämter wenden, wo auch die Preise und Verkaufsbedingungen zu erfahren sind.

Abkürzungen: FA = Forstamt, H. = Hundert, 3/4 = 3/4 bis 4-jährig, S. = Saatpflanze, V. = Veredelte Pflanze, 70-80 cm = 70-80 cm hoch, F. = Fichte, A. = Anflugfichte, Dgfl. = Douglasfichte, Kl. = Kiefer, Wkl. = Weidenkiefer, Murr.-Kl. = Murrana-Kiefer, La. = Lanne, Bu. = Buche, Ho. = Hornbaum, Dgta. = Douglasanne, La. = Lärche, E. = Eiche, Rte. = Rotfichte, Trei. = Traubeneiche, Stel. = Stieleiche, Esh. = Esche, Grefch. = Gemeineleiche, Eb. = Eberesche, am. Esh. = amerikanische Esche, Scherl. = Schwarzerle (Roterle), Werf. = Weißerle, Ah. = Ahorn, Bgah. = Bergahorn, Spah. = Spitzahorn, Feldah. = Feldahorn, Al. = Alster, Bgrü. = Berggrün, F. = Feldrübe, kan. Pa. = kanadische Pappel, ital. Pa. = italienische Pappel, Lin. = Linde, Win. Lin. = Winterlinde, Kast. = Kastanie, Rkast. = Rostkastanie, Ak. = Akazie.

- 1. FA. Klößke**
300 H. 1/1. S. Kl.
- 2. FA. Langebrück (Sa.)**
25 H. 2/1. S. Kl. 840 H. 5/1. V. Kl.
20 H. 3/1. S. Kl. 400 H. 2/1. V. Kl.
40 H. 2/1. V. Kl. 324 H. 3/1. V. Kl.
30 H. 3/1. V. Kl.
- 3. FA. Weißer Hirsch-Dresden**
150 H. 3/1. S. Kl.
200 H. 4/5/1. V. Kl.
200 H. 5/6/1. V. Bu. (80-120 cm)
- 4. FA. Fischbach (Post Nadeberg-Land)**
50 kg Dauerlupine
- 5. FA. Ottendorf-Okrilla (Rh. Dresden)**
300 H. 4/1. V. Kl.
20 H. 1/1. S. Dgfl.
15 H. 2/1. S. Lär. (Sub.)
30 H. 1/1. S. Wkl. (kräftig, Verjüngung)
10 H. 3/1. S. Wkl. 6 H. 2/1. S. Lin.
- 6. FA. Laußnitz (Post Königsbrunn-Land)**
100 H. 2/1. S. Kl. 40 H. 1/1. Rte.
50 H. 2/1. S. Bu. 5 H. 1/1. S. Rkast.
- 7. FA. Cosel (Post Königsbrunn-Land)**
60 H. 2/1. S. Kl. (Ertrag 500-800 m, 15-18 cm)
40 H. 4/1. V. Kl. (Rev. Tannenhaus, 40-45 cm)
20 H. 1/1. S. Kl. (Vehlinger Heide)
300 H. 2/1. S. Kl. (Vehlinger Heide, stark durchlichtete Saat, 20-25 cm)
10 H. 6/1. V. La. (35-40 cm)
15 H. 2/1. S. Lär. (45-50 cm)
30 H. 2/1. S. Esh. (90-120 cm)
3 H. 4/1. V. Esh. (jeweils veredelt)
- 8. FA. Hinterhermsdorf**
20 H. 3/1. S. Kl. 340 H. 5/1. S. Kl.
60 H. 4/1. S. Kl. 200 H. 4/1. V. Kl.
100 H. 3/1. S. Kl. (wenn schilffrei)
80 H. 4/1. S. Trei. 200 H. 3/1. S. Bu.
200 H. 3/1. S. Trei. 40 H. 4/1. S. Bu.
30 H. 5/1. V. Trei. 50 H. 5/1. S. Bu.
30 H. 4/1. S. Rte. 140 H. 3/1. S. Wkl.
30 H. 5/1. S. Rte. 20 H. 4/1. S. Wkl.
25 H. 4/1. V. Rte. 90 H. 3/1. V. Wkl.
30 H. 5/1. V. Rte. 28 H. 4/1. V. Wkl.
30 H. 2/1. S. Lin.
75 H. 3/1. S. Lin. (groß- und kleinblättrige gemischt)
12 H. 5/1. V. Lin.
12 H. 6/1. V. Lin.
- 9. FA. Langburkersdorf (Post Neust. Sa.)**
300 H. 3/1. S. Kl.
- 10. FA. Hohnstein (Sächs. Schweiz)**
120 H. 4/1. V. Kl. 15 H. 2/1. S. Lär.
1000 H. 3/1. S. Kl. 15 H. 3/1. S. Lär.
300 H. 1/1. S. Kl. 10 H. 4/1. V. Lär.
300 H. 2/1. S. Kl. 2 H. 3/1. V. Wkl.
80 H. 2/1. V. Kl.
6 H. 6/1. V. Esh. (100-120 cm)
8 H. 7/1. V. Esh. (120-150 cm)
16 H. 7/1. V. Esh. (150-200 cm)
2 H. 4/1. V. am. Esh. (150-200 cm)
4 H. 5/1. V. Bgah. (100-120 cm)
10 H. 6/1. V. Bgah. (120-150 cm)
15 H. 7/1. V. Bgah. (150-200 cm)
3 H. 7/1. V. Bgah. (200-300 cm)
12 H. 5/6/1. V. Trei. (100-200 cm)
- 11. FA. Rohmen (Sa.)**
150 H. 4/1. V. Kl. 200 H. 1/1. S. Kl.
8 H. 3/1. S. Dgfl.
48 H. 5/1. V. Bu. (60-200 cm)
6 H. 6/1. V. Bu. (60-200 cm)
2 H. 2/1. V. Bgah. (80-250 cm)
4 H. 3/1. V. Bgah. (80-250 cm)
1 H. 4/1. V. Bgah. (80-250 cm)
8 H. 8/1. V. Trei. (100-200 cm)
13 H. 5/1. V. Rte. (80-180 cm)
1 H. 4/1. V. Esh. (100-150 cm)
3 H. 3/1. V. Scherl. (100-200 cm)
4 H. 3/1. V. Wkl. (200-250 cm)
- 12. FA. Nikolsdorf (Post Königsstein a. d. Elbe)**
250 H. 2/1. S. Kl. 18 H. 4/1. S. Kl.
195 H. 3/1. S. Kl. 90 H. 4/1. V. Kl.
4 H. 3/1. V. Dgfl. (grün)
500 H. 1/1. S. Kl. 90 H. 2/1. V. Kl.
30 H. 2/1. S. Lär. (Sub.)
10 H. 2/1. S. La. 15 H. 5/1. V. La.
20 H. 3/1. S. La.
25 H. 5/1. V. Bu. (30-80 cm)
20 H. 5/1. V. Trei. (60-180 cm)
- 13. FA. Markersbach (Post Heßendorf Rh. Pirna)**
23 H. 4/1. V. Esh. 41 H. 3/1. V. Bgah.
4 H. 2/1. S. Bgah. 21 H. 4/1. V. Bgah.
- 14. FA. Reichstein (Post Hermsdorf Sächs. Schweiz)**
500 H. 2/1. S. Kl. 200 H. 5/1. V. Kl.
- 15. FA. Cunnersdorf (Sächs. Schweiz)**
100 H. 3/1. S. Kl. 50 H. 3/1. S. Bu.
100 H. 5/1. V. Kl. 30 H. 6/1. V. Bu.
- 16. FA. Reinhardtendorf (Sächs. Schweiz)**
450 H. 2/1. S. Kl. 300 H. 1/1. S. Kl.
200 H. 4/1. V. Kl. 23 H. 4/1. V. Wkl.
20 H. 3/1. V. Bu. (20-40 cm)
6 H. 4/1. V. Bu. (30-50 cm)
20 H. 5/1. V. Bu. (40-80 cm)
6 H. 6/1. V. Win. Lin. (50-100 cm)
- 17. FA. Wärenfels (Post Ripsdorf i. Erzgeb.)**
200 H. 2/1. S. Kl. (eigene Ernte 1929)
300 H. 3/1. S. Kl. (Staatswaldg. Niederbayerms, Höhenlage 500-900 m)
540 H. 5/1. V. Kl. (eigene Ernte 1924)
225 H. 6/1. V. Kl. (Karpatenki, Rh. Hef.)
175 H. 2/1. S. Kl. (Reichstein, Tscherno.)
100 H. 3/1. S. Kl. (kleinblättrig)
100 H. 2/1. S. Lin. (kleinblättrig)
- 18. FA. Schmiedeberg (Bez. Dresden)**
245 H. 2/1. S. Kl. 10 H. 2/1. S. Dgfl.
860 H. 3/1. S. Kl. 5 H. 3/1. S. Dgfl.
800 H. 4/1. V. Kl. 2000 H. 2/1. S. Kl.
200 H. 5/1. V. Kl. 40 H. 3/1. S. Wkl.
10 H. 2/1. S. Murr. Kl.
- 19. FA. Spechtshausen (Post Harttha-Hintergersdorf, Bez. Dresden)**
50 H. 2/1. S. Kl. 16 H. 1/1. S. Wkl.
500 H. 4/1. V. Kl. 140 H. 2/1. S. Wkl.
200 H. 2/1. S. Kl. 85 H. 2/1. V. Wkl.
200 H. 2/1. V. Kl.
10 H. 1/1. S. Dgfl.
65 H. 2/1. S. Dgfl. (grün)
30 H. 2/1. V. Dgfl.
7 H. 6/1. V. Rte. (100-250 cm)
8 H. 5/1. V. Rte. (100-200 cm)
2 H. 4/1. V. Rte. (80-120 cm)
12 H. 2/1. S. Rte. (40-100 cm)
5 H. 1/1. S. Rte. (10-20 cm)
8 H. 8/9/1. V. Trei. (100-250 cm)
7 H. 5/1. V. Trei. (30-80 cm)
17 H. 3/1. S. Trei. (40-100 cm)
0,5 H. 7/1. V. Spah. (200-350 cm)
3 H. 6/1. V. Spah. (200-350 cm)
3,5 H. 5/1. V. Spah. (100-250 cm)
15 H. 4/1. V. Spah. (150-300 cm)
13 H. 3/1. V. Spah. (50-150 cm)
35 H. 2/1. S. Spah. (50-100 cm)
6 H. 7/1. V. Bgah. (160-280 cm)
30 H. 6/1. V. Bgah. (100-300 cm)
13 H. 5/1. V. Bgah. (100-200 cm)
11 H. 4/1. V. Bgah. (100-200 cm)
20 H. 3/1. V. Bgah. (60-150 cm)
11 H. 2/1. S. Bgah. (30-120 cm)
10 H. 1/1. S. Bgah. (10-20 cm)
12 H. 5/1. V. Esh. (100-300 cm) (rotbl.)
30 H. 7/1. V. Bu. (50-180 cm)
2 H. 4/1. V. Bu. (50-130 cm)
50 H. 3/1. V. Bu. (20-50 cm)
10 H. 2/1. S. Bu. (20-50 cm)
33 H. 4/1. V. Esh. (40-100 cm)
3 H. 3/1. V. Esh. (30-50 cm)
20 H. 1/1. S. Esh. (5-15 cm)
3,5 H. 7/1. V. Rkast. (130-250 cm)
1 H. 5/1. V. kan. Pa. (200-300 cm)
18 H. 2/1. V. kan. Pa. (150-270 cm)
0,3 H. 5/1. V. ital. Pa. (250-330 cm)
10 H. 3/1. V. ital. Pa. (150-300 cm)
12 H. 2/1. V. ital. Pa. (100-300 cm)
3 H. 2/1. V. pop. angulata (100-200 cm)
1 H. 7/1. V. Esh. (100-180 cm)
18 H. 6/1. V. Esh. (100-240 cm)
7,5 H. 5/1. V. Esh. (70-200 cm)
23 H. 4/1. V. Esh. (60-200 cm)
25 H. 3/1. S. Esh. (50-100 cm)
8 H. 2/1. S. Esh. (40-80 cm)
50 H. 1/1. S. Esh. (5-15 cm)
55 H. 2/1. S. Wkl. (40-100 cm)
20 H. 1/1. S. Wkl. (3-8 cm)
7 H. 2/1. S. Scherl. (Rte.) (20-40 cm)
20 H. 1/1. S. Scherl. (2-5 cm)
8 H. 3/1. V. Lin. (klbl.) (50-100 cm)
8 H. 3/1. V. Lin. (großbl.) (50-150 cm)
7 H. 2/1. S. Lin. (klbl.) (10-40 cm)
60 H. 1/1. S. Lin. (klbl.) (10-20 cm)
2 H. 1/1. S. Lin. (großbl.) (5-10 cm)
10 H. 1/1. S. Lin. (Rob.) (30-50 cm)
10 H. 1/1. S. F. elengmister
30 kg per Lupine
- 20. FA. Naundorf (Rh. Freiberg)**
500 H. 4/1. V. Kl. 100 H. 5/1. V. Bu.
- 21. FA. Wendischcarodorf (Post Dresden-Rh. 28. Land)**
170 H. 3/1. S. Kl. 200 H. 5/1. V. Kl.
200 H. 4/1. V. Kl.
100 H. 1/1. S. Kl. (wenn schilffrei)
80 H. 3/1. S. Lär.
- 22. FA. Tharandt**
300 H. 3/1. S. Kl. 300 H. 5/1. V. Kl.
600 H. 4/1. V. Kl.
8 H. 4/1. S. Trei. (20-40 cm)
- 23. FA. Oibershausen (Sa.)**
400 H. 4/1. V. Kl. (Oibershäuser Herkunft)
900 H. 2/1. S. Kl. (Oibershäuser Herkunft)
285 H. 3/1. S. Kl. (Oibershäuser Herkunft)
50 H. 4/1. S. Kl. (Oibershäuser Herkunft)
50 H. 2/1. S. Lär. (Sub.) (Oibershäuser Herkunft)
18 H. 3/1. S. Kl. (Oibershäuser Herkunft)
20 H. 3/1. V. Kl. (Oibershäuser Herkunft)
100 H. 4/1. V. Kl. (Oibershäuser Herkunft)
30 H. 3/1. S. La. (Oibershäuser Herkunft)
30 H. 5/1. V. La. (Oibershäuser Herkunft)
100 H. 2/1. S. Bu. 180 H. 3/1. V. Bu.
30 H. 3/1. S. Bu.
6 H. 4/1. V. Win. Lin.
4 H. 5/1. V. Eb. (Straßenbäume)
4 H. 6/1. V. Eb.
8 kg Esh. (Oibershäuser Herkunft, Ernte 1931)
- 24. FA. Kriegswald (Post Müdenau i. Erzgeb.)**
200 H. 3/1. S. Kl. 600 H. 7/1. V. Kl.
200 H. 6/1. V. Kl.
1000 H. 7/1. V. Anflugf.
- 25. FA. Hirschberg (Post Kupferhammer-Grünthal, Erzgeb.)**
100 H. 4/1. V. Kl. 50 H. 5/1. V. Kl.
30 H. 5/1. V. La. (Schwarzwaldb.)
200 H. 2/1. S. Dgfl. 20 H. 4/1. V. Wkl.
5 H. 7/1. V. Bgah. (ca. 100 cm)
40 H. 8/9/1. V. Esh. (100-200 cm)
10 H. 3/1. V. Rte.
3 H. 8/1. V. Win. Lin. (ca. 100 cm)
- 26. FA. Reichenhain (Erzgeb.)**
116 H. 5/1. V. Kl. (Herkunft: Reichenhain)
180 H. 6/1. V. Kl. (Herkunft: Reichenhain)
30 H. 7/1. V. Kl. (Herkunft: Reichenhain)
25 H. 3/1. V. Kl. (Herkunft: Oberpfälz. Buchsengebiet II, 450-500 m)
12,5 kg Dauerlupine
- 27. FA. Steinbach (Erzgeb.)**
250 H. 2/1. S. Kl. 200 H. 3/1. S. Kl.
350 H. 3/1. S. Kl. 70 H. 3/1. V. Kl.
- 28. FA. Heinschank (Post Wolkstein i. Sa.)**
8 H. 5/1. V. Esh. (80-100 cm)
4 H. 6/1. V. Esh. (80-100 cm)
17 H. 8/1. V. Esh. (100-250 cm)
3 H. 8/1. S. Esh. (200 cm)
10 H. 8/1. V. Bu. (100 cm)
- 29. FA. Deutschenthal (Erzgeb.)**
400 H. 2/1. S. Kl. 400 H. 6/1. V. Kl.
500 H. 4/1. V. Kl. 400 H. 3/1. S. Bu.
300 H. 5/1. V. Kl. 300 H. 4/1. S. Esh.
- 30. FA. Lauter (Sa.)**
15 H. 5/1. V. Esh. 800 H. 5. V. Wkl.
- 31. FA. Böhma (in Böhma-Steigethof, Post Schwarzenberg-Land)**
500 H. 4/1. V. Kl. (eigene Ernte 1924, 25)
600 H. 5/1. V. Kl. (500, 700 m)
160 H. 3/1. S. Kl.
- 32. FA. Breitenhof (Post Breitenbrunn i. Sa.)**
500 H. 4/5/1. V. Kl. | 400 H. 6/7/1. V. Bu.

- 33. FA. Oberwiesenthal (Sa.)**
 200 H. 2j. S. St. (Herkunft: Rajchau, 500/800 m, Ernte 1929)
 400 H. 5j. V. St. (Herkunft: Oberes Erzgebirge)
- 34. FA. Neudorf (Erzgeb.)**
 1000 H. 2j. S. St. 20 H. 4j. V. Bu.
 300 H. 4j. V. St. 70 H. 5j. V. Bu.
 14 H. 5j. V. Ta. 10 H. 6j. V. Bu.
 14 H. 7j. V. Ta. 10 H. 7j. V. Bu.
 30 H. 2j. V. Bhl. 110 H. 2j. S. Eich.
 5 H. 4j. V. Bhl. 4 H. 3/4j. V. Berl.
 30 H. 3j. V. Bu.
- 35. FA. Crottendorfer (Erzgeb.)**
 150 H. 3j. S. Bu. 50 kg Dauerlupine
 20 H. 5j. V. Bu.
- 36. FA. Muersberg in Eibenstock (Sa.)**
 400 H. 2j. S. St. (8-15 cm) (eig. Ernte)
 370 H. 4j. V. St. (Erzgebirge)
 400 H. 5j. V. St. (eigene Ernte)
- 37. FA. Eibenstock (Sa.)**
 2500 H. 2j. S. St. 1200 H. 5j. V. St.
- 38. FA. Wilsenthal (Erzgeb.)**
 200 H. 2j. S. St. 650 H. 5j. V. St.
 420 H. 3j. S. St. 600 H. 6j. V. St.
 140 H. 4j. V. St. 200 H. 7j. V. St.
- 39. FA. Johanngeorgenstadt**
 20 H. 3j. S. St. 30 H. 4j. S. St.
 37 H. 4j. S. St.
- 40. FA. Carlsefeld (Erzgeb.)**
 300 H. 4j. S. St. 200 H. 5j. V. St.
- 41. FA. Schönheide (Erzgeb.)**
 1450 H. 2j. S. St. (eigene Ernte)
 30 H. 3j. S. St. (Thür. Wald, 400/500m)
 360 H. 4j. V. St. (eb. Erzgeb.)
 400 H. 5j. V. St. }
 100 H. 6j. V. St. (eigene Ernte)
 140 H. 1j. S. Eich }
 10 H. 2j. S. Rkalt. }
 20 H. 1j. S. Spah } (eigene Ernte)
 50 H. 1j. S. Bgri. }
- 42. FA. Hundshübel (Erzgeb.)**
 600 H. 4j. V. St.
- 43. FA. Hartmannsdorf (Bez. Zwitz.)**
 150 H. 4j. V. St. 150 H. 2j. V. St.
 75 H. 3j. S. St.
- 44. FA. Sosa (Erzgeb.)**
 900 H. 2j. S. St. 346 H. 5j. V. St.
- 45. FA. Rautenkranz (Vogtl.)**
 35 H. 3j. S. Bu.
 25 H. 6j. V. Bu. (120-140 cm)

- 46. FA. Tannenhäus (Vogtl. Schönbr. i. Vogtl.)**
 100 H. 5j. V. St. (eigene Ernte 1924)
- 47. FA. Brannddöbra (Vogtl.)**
 1100 H. 2j. S. St. 33 H. 6j. V. St.
 500 H. 3j. S. St. 100 H. 5j. V. Ta.
 200 H. 4j. V. St. 200 H. 3j. V. St.
 740 H. 5j. V. St. 200 H. 4j. V. Bu.
- 48. FA. Eriebach (Vogtl.)**
 80 H. 5j. V. St. 20 H. 4j. V. St.
 110 H. 6j. V. St. 30 H. 5j. V. St.
 40 H. 4j. S. Ta. 190 H. 3j. S. Bu.
 40 H. 5j. S. Ta. 5 H. 3j. V. Berl.
 70 H. 5j. V. Ta. 5 H. 3j. V. Scherl.
 30 H. 2j. S. St. 20 H. 2j. S. Eich.
- 49. FA. Adorf (Vogtl.)**
 390 H. 3j. S. St. 500 H. 2/4j. S. Bu.
 90 H. 4j. S. St. 200 H. 5j. S. Bu.
 50 H. 2j. S. St. 100 H. 2/4j. S. Lin.
 50 H. 3j. S. St. 100 H. 5j. V. Lin.
 170 H. 2j. S. St. 20 H. 2j. S. Stel.
 50 H. 5j. V. Ta. 70 H. 2/4j. S. Bgah.
 200 kg Dauerlupine
- 50. FA. Untertiesel (Vogtl.)**
 400 H. 3j. S. St. 50 H. 2j. S. St.
 200 H. 4j. V. St. 80 H. 5j. V. Ta.
 120 H. 5j. V. St. 100 H. 2j. S. Bu.
 50 kg Dauerlupine (Ernte 1931)
- 51. FA. Brotenefeld (Vogtl. Tirspsdorf, Vogtl.)**
 50 H. 2j. S. St. 20 H. 3j. S. Bu.
 320 H. 3j. S. St. 30 H. 3j. V. Bu.
 20 H. 4j. V. St. 10 H. 2j. S. Trei.
 40 H. 5j. V. St. 10 H. 1j. S. Riel.
 60 H. 2j. S. Bhl. 10 H. 2j. S. Riel.
 20 H. 4j. V. Ta. 10 H. 4j. V. Lin.
 10 H. 2j. S. Bu. 5 H. 4j. V. Bgah.
 10 kg Dauerlupine
- 52. FA. Mittelhöhe (Vogtl. Pausa, Vogtl.)**
 200 H. 2j. S. St. 11 H. 4j. S. Bhl.
 140 H. 3j. S. St. 30 H. 4j. V. Bhl.
 300 H. 3j. V. St. 50 H. 2j. S. Bu.
 2500 H. 4j. V. St. 130 H. 3j. S. Bu.
 230 H. 5j. V. St. 40 H. 3j. V. Bu.
 80 kg Dauerlupine
- 53. FA. Trübsitz (Sa.)**
 1460 H. 3j. S. St. 300 H. 1j. S. St.
 127 H. 4j. S. St. 300 H. 2j. S. St.
 16 H. 5j. S. St. 290 H. 3j. S. St.
 500 H. 4/5j. V. St. 700 H. 3j. V. St.
- 54. FA. Blaue b. Fössa (Sa.)**
 100 H. 3j. S. St. 50 H. 3j. V. Bhl.
 200 H. 4j. V. St. 20 H. 4j. V. Bhl.
 100 H. 5j. V. St. 100 H. 2j. S. Bu.
 50 H. 2j. S. St. 100 H. 3j. S. Bu.
- 55. FA. Stollberg (Erzgeb.)**
 100 H. 2j. S. St. 100 H. 2j. S. St.
 360 H. 3j. S. St. 250 H. 4j. V. St. (dav. 200 H. durchsog.)
 60 H. 4j. V. St. 20 H. 3j. S. Ta.
 60 H. 1j. S. St. 30 H. 5j. V. Ta.
 90 H. 2j. S. St.

- 56. FA. Loknig (Post Freiberg i. Sa.) (Revieramt Borstendorf)**
 30 H. 3j. V. St. (Sub.)
 20 H. 3j. V. Eich (50 cm)
 3 H. 3j. V. Scherl. (170 cm)
 15 H. 3j. V. Berl. (170 cm)
 20 H. 3j. V. Bin. Lin. (50 cm)
 3 H. 4j. V. Bin. Lin. (80 cm)
 40 H. 4j. V. Bu. (50 cm)
- 57. FA. Harbach (Ab. Döbetz)**
 50 H. 2j. S. St. } Weiden-Schwan-
 160 H. 2j. V. St. } dorfer Beden,
 } Buchsgeb. II,
 } 400-500 m)
 165 H. 3j. V. St. } (Verlänger Gelde,
 } 100-200 m)
 85 H. 3j. V. Ta. } (Schwarzwald)
 31 H. 5j. V. Ta.
 10 H. 5/6j. V. Rtel. (100-150 cm)
 16 H. 5/6j. V. Rtel. (150-200 cm)
 13 H. 5/6j. V. Rtel. (200-250 cm)
 9 H. 6/8j. V. Eich. (100-150 cm)
 17 H. 6/8j. V. Eich. (150-200 cm)
 6 H. 6/8j. V. Eich. (200-250 cm)
 4 H. 6/8j. V. Eich. (250-300 cm)
 30 H. S. Eich. (20-50 cm)
 10 H. 6j. V. Stel. (100-150 cm)
 14 H. 6j. V. Stel. (150-200 cm)
 15 H. 5/7j. V. Trei. (100-150 cm)
 70 H. 5/7j. V. Trei. (150-200 cm)
 15 H. 5/7j. V. Trei. (200-250 cm)
 30 H. 4/5j. V. Bgah. (150-200 cm)
 40 H. 4/5j. V. Bgah. (200-250 cm)
 5 H. 4j. V. Felbrü. (150-200 cm)
 10 H. 4j. V. Felbrü. (200-250 cm)
 2 H. 4j. V. Felbrü. (250-300 cm)
 8 H. 2/3j. V. Scherl. (100-150 cm)
 10 H. 2/3j. V. Scherl. (150-200 cm)
 13 H. 2/3j. V. Scherl. (200-250 cm)
 5 H. 2/3j. V. Berl. (100-150 cm)
 6 H. 2/3j. V. Berl. (150-200 cm)
 3 H. 3j. V. kan. Pa. (150-200 cm)
 10 H. 3j. V. kan. Pa. (200-250 cm)
 9 H. 3j. V. kan. Pa. (250-300 cm)
 30 H. S. Hk. (30-70 cm)
- 58. FA. Colbig im Waldgut Colbig (Post Colbig i. Sa.)**
 138 H. 5j. V. Stel. (50-200 cm)
 25 H. 6j. V. Stel. (120-200 cm)
 2 H. 5j. V. Rtel. (120-250 cm)
 65 H. 6j. V. Bu. (60-180 cm)
 55 H. 7j. V. Bu. (50-150 cm)
 13 H. 8j. V. Bgah. (120-260 cm)
 33 H. 4j. V. Bgah. (150-300 cm)
 16 H. 5j. V. Bgah. (200-300 cm)
 6 H. 6j. V. Bgah. (200-300 cm)
 3 H. 4j. V. Felbab (130-230 cm)
 14 H. 5j. V. Eich. (50-300 cm)
 5 H. 7j. V. Eich. (200-300 cm)
 2 H. 8j. V. Rkalt. (200-300 cm)
 1 H. 7j. V. Lind. (250 cm)
 6 H. 4j. V. Hb. (100-200 cm)
 3 H. 4j. V. Berl. (200-300 cm)
- 59. FA. Glatten (Post Bad Lausick-Land)**
 110 H. 2j. S. St.
 123 H. 3j. S. St. (Durchschnitten)
 150 H. 4j. V. St.
 110 H. 5j. V. St.
 250 H. 2j. S. St. } (Durchschnitten)
 12 H. 3j. S. St. }

- Noch zu Claffen**
- 700 H. 3j. V. St. 20 H. 3j. S. St.
 26 H. 2j. S. St.
 9 H. 6j. S. Stel. (120-160 cm)
 100 H. 5j. V. Stel. (50-120 cm)
 60 H. 6j. V. Stel. (80-150 cm)
 100 H. 3j. S. Bu. (40-80 cm)
 20 H. 5j. V. Bu. (50-80 cm)
 18 H. 6j. V. Bu. (120-200 cm)
- 60. FA. Seidewitz (B. Peisnig-Land)**
 50 H. 4j. V. St. 56 H. 5j. V. Eich
 300 H. 2j. V. St. 15 H. 5j. V. Bgah.
 30 H. 2j. S. St. 60 H. 5j. V. St.
 60 H. 3j. V. Bhl. 30 H. 5j. V. Bu.
- 61. FA. Wermsdorf (Bez. Leipzig)**
 100 H. 2j. S. St. 200 H. 3j. S. St.
 170 H. 3j. S. St. 20 H. 4j. S. St.
 100 H. 4j. S. St. 100 H. 2j. S. Ta.
 200 H. 3j. V. St. 20 H. 5j. S. Ta.
 160 H. 4j. V. St. 10 H. 1j. S. Bhl.
 70 H. 1j. V. St. 10 H. 2j. S. Bhl.
 800 H. 3j. V. St. 15 H. 2j. V. Bhl.
 10 H. 3j. S. Stel. (30-40 cm)
 10 H. 6j. V. Stel. (50-70 cm)
 20 H. 4j. S. Trei. (30-50 cm)
 26 H. 4j. V. Trei. (40-60 cm)
 10 H. 4j. V. Eich (30-40 cm)
 8 H. 5j. V. Eich (50-70 cm)
 10 H. 3j. V. Bu. (30-40 cm)
 10 H. 5j. V. Lin (40-70 cm)
 10 H. 3j. V. Rii (20-30 cm)
 10 H. 2j. V. Scherl. (20 cm)
 5 H. 3j. V. Scherl (30-40 cm)
 5 H. 2j. S. Berl. (20 cm)
 10 H. 3j. V. Hb. (20-30 cm)
- 62. FA. Hubertusburg (Bez. Leipzig)**
 40 H. 3j. S. St. 300 H. 2j. S. St.
 200 H. 4j. V. St. 100 H. 3j. S. St.
 150 H. 5j. V. St. 50 H. 1j. S. St.
 500 H. 1j. S. St.
 10 H. 2j. S. Rkalt. St.
 5 H. 4j. V. Ta. 3 H. 6j. V. Ta.
 1 H. 5j. V. Bgah.
 15 H. 3j. V. Bu. 20 H. 3j. V. Trei
 10 H. 4/5j. V. Bu. 8 H. 4j. V. St.
 10 H. 3j. V. Bin. Lin.
 20 H. 1j. S. Scherl. (Rtel.)
 20 H. 2j. S. Berl.
 1 H. 3j. V. Balmuh
 4 H. 1j. S. Gmfler
- 63. FA. Schmannewitz (Bez. Dönan)**
 80 H. 1j. S. St. 190 H. 2j. V. St.
 180 H. 4j. V. St. 360 H. 3j. V. St.
 300 H. 5j. V. St. 60 H. 4j. V. Berl.
 260 H. 1j. S. St. 120 H. 3j. V. St.
 60 H. 2j. S. St. 15 H. 3j. V. Trei. (40 cm)
 60 H. 4j. V. Trei. (60 cm)
 20 H. 5j. V. Trei. (70 cm)
 70 H. 6j. V. Trei. (80 cm)
 30 H. 2j. V. Stel. (20 cm)
 10 H. 5j. V. Stel. (60 cm)
 5 H. 5j. V. Stel. (60 cm)
 60 H. 5j. V. Bu. (100 cm)
 75 H. 6j. V. Bu. (120 cm)
 30 H. 2. V. Alantus (Witterbaum)
- 64. FA. Naunhof (Bez. Leipzig)**
 20 H. 4j. V. Eich. (180-230 cm)
 20 H. 4j. V. Dgfi. (Bros. i) (30-50 cm)

Dresden, im Januar 1932.

Landesforstdirektion.